

Beschluss Delegiertenkonferenz IG Metall Stuttgart vom 24. September 2022: Für eine Welt ohne Krieg und Gewalt

„Es gab, seit dem Ende des zweiten Weltkrieges, keinen einzigen Tag ohne Krieg auf unserer Welt. Über 40 Millionen Menschen, aus allen Kontinenten, sind dabei getötet worden...Mehr Waffen schaffen weder Frieden noch mehr Sicherheit! Bereits jetzt übersteigen etwa die Ausgaben für Rüstung aller NATO-Staaten die Ausgaben Russlands um das zwanzigfache. Eine weitere Steigerung dieser Ausgaben in unserem Lande wird die Welt nicht friedlicher werden lassen. Es darf zudem nicht unterschätzt werden, welche negativen Auswirkungen die angekündigte Aufrüstung im Inneren unseres Landes haben wird. ...Die angekündigte Erhöhung von Rüstungsausgaben auf bis zu 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden unserer Meinung nach Kürzungen bei sozialen Leistungen zur Folge haben. Dies lehnen wir entschieden ab! Die internationale Gemeinschaft muss im Rahmen der UNO wieder ein stärkeres Gewicht bei der politischen Regelung von internationalen Streitigkeiten bekommen. Die Bundesregierung ist aufgerufen, ihren Einfluss in diesem Sinne geltend zu machen.“

Solidaritätserklärung mit den Kolleginnen und Kollegen von Mercedes-Benz in Sao Bernardo do Campo in Brasilien

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
wir verurteilen entschieden die angekündigten Entlassungen von 3600 Arbeiterinnen und Arbeitern bei euch im Mercedes-Benz-Werk in Sao Bernardo. Wir finden gut, dass ihr gleich nach der Verkündigung mit einem mehrtägigen Streik geantwortet habt. Der Vorstand versteht nur diese Sprache. Nur mit entsprechendem Druck können bei Verhandlungen eure Forderungen durchgesetzt und die Entlassungen verhindert werden. Wir wissen, dass die Rechtfertigung des Unternehmens falsch ist, dass es Kostendruck und Veränderungen in der Automobilindustrie gibt. Die Entlassungen dienen nur dazu, die Profite zu steigern und die Ausbeutung zu verschärfen. Außerdem werden die Entlassungen die De-Industrialisierung in Brasilien beschleunigen und die Arbeitslosigkeit noch weiter erhöhen. Deshalb verurteilen wir diesen brutalen Angriff gegen euch.

Wir als Stuttgarter Zukunftsforum und Metallertreff unterstützen euren Kampf gegen die Entlassungen und wünschen euch viel Erfolg. Hoch die internationale Solidarität!
Solidarische Grüße

Metallertreff Stuttgart / Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen aus Metallbetrieben aus der Region Stuttgart. Wir sind gegen Verzichtspolitik, Co-Management und Standortdenken. Wir wollen eine kämpferische solidarische Gewerkschaftspolitik und eine konsequente Interessensvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ihr Interesse an einer Mitarbeit im Metallertreff habt, nehmt mit uns Kontakt auf. Wir treffen uns ca. einmal im Monat.

Nächster Metallertreff: Montag, 17 Oktober um 18.30 Uhr in Bad Cannstatt, Marktstraße 61 A in den Räumen von DidF - Diskussion über die Tarifrunde

Kontakt: metallertreff@yahoo.de

Mehr Infos über uns unter: <https://vernetzung.org/category/stuttgart/>



Zukunftsforum Stuttgarter
Gewerkschaften
Metallertreff



8 Prozent mehr und keinen Cent weniger! Laufzeit 12 Monate und keinen Tag mehr!

Im Juli wurde von den Tarifkommissionen und dem IGM-Vorstand eine 8%-Forderung beschlossen. Mitte September fanden die ersten Verhandlungen mit Südwestmetall statt. Die ersten Verhandlungen sind erwartungsgemäß ohne Annäherung beendet worden. Von Seiten der MetallerInnen gab es zum Auftakt erste Proteste, so sind z. B. in Leipzig rund 2000 und in Nürnberg 4000 Beschäftigte auf die Straße gegangen. Das ist ein guter Auftakt, wird aber nicht reichen, um Druck auf die Metallkapitalisten zu machen. Sie nennen die Forderung „Realitätsverlust“, wir sagen, sie ist zu niedrig, um Reallohnverluste zu vermeiden. Am 12. Oktober findet in Kornwestheim die 2. Verhandlungsrunde für Baden-Württemberg statt. Da gilt es, den Kapitalvertretern kräftig einzuweichen.

In den Metallbetrieben sind angesichts der hohen Inflationsrate (im September bei fast 10 %) und 4 ½ Jahren ohne tabellenwirksame Erhöhung wesentlich höhere Forderungen diskutiert worden – viele im zweistelligen Bereich zwischen 11 und 15 Prozent (Mercedes-Benz 11 %, Porsche 10,5 %). Wir als VKG haben eine Festgeldforderung zwischen 350 und 400 Euro vorgeschlagen – das wären etwa 12 Prozent auf den Facharbeiterlohn. Damit hätten wir die Reallohnsenkungen einigermaßen abwehren können. 8 % werden eine Absenkung des Lebensstandards nicht verhindern können, weil die Preissteigerungen immer höher klettern und nicht gekannte Ausmaße erreichen. Die ersten Immobilienkonzerne haben die Warmmieten erhöht. Verschärfen wird sich die Situation, wenn die Nachzahlungen für Strom, Gas und Heizung kommen. 13,8 Millionen Menschen leben in Deutschland in Armut, das sind 16,4 % der Bevölkerung und ist ein bisheriger Höchststand. Bereits jetzt verzichten 16 % der Bevölkerung auf eine Mahlzeit am Tag.

Das Gejammere von Südwestmetall wegen der Forderung ist mal wieder groß. Doch Löhne und Gehälter machen lediglich rund 20 % der Unternehmenskosten aus, so dass ein Entgeltplus von 8 % die Gesamtkosten lediglich um 1,6 % steigern würde. Bei den Profiten, die in der Metallindustrie eingefahren werden, ist dies ein kleiner Klacks.

Deswegen kann es in der Tarifrunde nur heißen: **8 Prozent mehr und keinen Cent weniger!**
Laufzeit maximal 12 Monate und keinen Tag mehr!



Die üblichen Rituale werden nicht reichen!

Wir fordern die IG Metall auf, für die volle Durchsetzung der Forderung zu mobilisieren und dafür eine Urabstimmung und Vollstreik vorzubereiten. Die üblichen Rituale werden dafür nicht reichen! Es darf auch keine Kompensation durch eine steuerfreie Abschlagszahlung geben! Die hat Bundeskanzler Olaf Scholz bei der sogenannten „Konzertierten Aktion“ Mitte September ins Spiel gebracht. Die Regierung will Unternehmen die Möglichkeit bieten, einen Bonus von bis zu 3.000 Euro steuerfrei an die Belegschaft zu geben. On Top spricht nichts gegen diesen Bonus – er ist aber dafür gedacht, tabellenwirksame Erhöhungen zu verhindern. Da sagen wir klar und deutlich: **Nein!**

Keine Kompensation von nötigen Tabellenerhöhungen durch Einmalzahlungen! Vorbereitung von Streiks für die volle Durchsetzung der Forderung! Ein Bonus darüber hinaus ist natürlich willkommen.

Langfristig brauchen wir eine **Gleitende Lohnskala**, also eine automatische Anpassung der Löhne an die Inflation. Dies ist insbesondere in solchen Zeiten notwendig, wenn es Monat für Monat höhere Inflationsraten gibt und kein Ende in Sicht ist.

Tarifforderungen aus anderen Bereichen

Krankenhausbeschäftigten Berlin: 19% / mindestens 500 €, 12 Monaten Laufzeit.
verdi Stuttgart für Öffentlichen Dienst: 800 € Festgeld für 12 Monate. Verdi für Uniklinika Baden-Württemberg: 10.5 %, mindestens aber 375 €. Laufzeit: 12 Monate

Für einen heißen Herbst gegen die Aufrüstungs- und Verarmungspolitik der Bundesregierung

Vor lauter Sorge über steigende Energie- und Lebensmittelpreise können einem Kriegspolitik und Hochrüstung schon mal aus dem Blick geraten. Doch wir dürfen nicht den Zusammenhang von Krieg und Krise ausblenden. Hochrüstung bekam mit einem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen Verfassungsrang und das 2-Prozent-Ziel der NATO wurde gesetzlich festgeschrieben. Damit erhöhen sich die Rüstungsausgaben auf jährlich 70 bis 80 Milliarden Euro. Noch nie seit 1945 hat eine deutsche Regierung so massiv an der Eskalation eines großen Krieges gedreht wie die jetzige. Das Geld für die Aufrüstung wird die Kassen der Rüstungskonzerne füllen und uns in allen sozialen und ökologischen Belangen, im Gesundheits- und Bildungsbereich fehlen. **Nein, wir wollen nicht, dass Kriegslasten gerecht verteilt werden, denn wir lehnen Kriege ab! Wir wollen Frieden!** Wir wollen keinen Wirtschaftskrieg und keine Sanktionen gegen Russland, denn sie machen uns arm. Sie sind die Ursache für die explodierenden Energiepreise, in deren Folge

Dramatischer Verlust an Zuversicht

Eine neue Umfrage des Allensbach-Instituts dokumentiert den dramatischen Verlust an Zuversicht: Auf die Frage, wie sich Deutschland in den kommenden zehn Jahren entwickeln wird, erwarten ...

- 87 Prozent der Befragten größere Unterschiede zwischen Arm und Reich,
 - 80 Prozent mehr Probleme durch den Klimawandel,
 - 78 Prozent einen Wohlstandsverlust,
 - 71 Prozent weniger Zusammenhalt und mehr Egoismus in der Bevölkerung.
- Zugleich haben immer mehr Leute den Eindruck, abgehängt zu werden.

auch die Lebensmittelpreise steigen. **Wir wollen auch nicht für die Kriegstreiber frieren. Wir streiten für Heizung, Brot und Frieden!**

Für Millionen Menschen braucht es in dieser Krise verlässliche Entlastungen, Unterstützung und soziale Sicherheit, um nicht weiter zu verarmen. Schon jetzt wird es für die Meisten noch vor dem Monatsende knapp. Ein Großteil des Einkommens geht für die Miete drauf. Viele Menschen wissen nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Die Bundesregierung spricht von Solidarität und ruft zum Sparen auf. Wer aber nichts oder auch nur ein Normaleinkommen hat, kann nicht sparen. Während auf der einen Seite viele Menschen im Winter vor der Wahl stehen, ob sie hungern oder frieren, streichen auf der anderen Seite Energie- und Ölkonzerne als Krisengewinner milliardenschwere Übergewinne ein. Die bisherigen Entlastungspakete der Bundesregierung reichen nicht aus, um an dieser sozialen Schieflage nachhaltig etwas zu ändern.

Wir sind gegen die Bezahlung der Energiekrise durch die Arbeiter, ebenso wie gegen die Abwälzung der Kriegs- und Krisenkosten auf die KollegInnen und den Irrsinn der Aufrüstung! Wir fordern:

- Staatliche Preiskontrollen und -obergrenzen für Energie, Wohnen und Grundnahrungsmittel!
- Keine Strom- und Gassperren! Keine Wohnungskündigung oder Zwangsräumungen wegen Mietrückständen!
- Daseins- und Energieversorgung in Öffentliche Hand!
- Milliarden für öffentliche Investitionen und für mehr Personal in Gesundheit, Bildung, Klimaschutz, Infrastruktur, Verwaltung, Energie- und Verkehrswende!
- 9-Euro-Ticket beibehalten! Investitionen und mehr Personal in den öffentlichen Verkehr!
- Reiche sollen zahlen: Steuern auf Profite und Vermögen!

Wir rufen alle Menschen auf, gegen die unsoziale Politik zu protestieren und sich für eine solidarische Gesellschaft einzusetzen, in der niemand frieren oder hungern muss. Genug ist genug! Nur gemeinsam können wir unser Recht auf warme Wohnungen und volle Teller erkämpfen! Es ist Zeit, gemeinsam auf die Straße zu gehen, gemeinsam Stärke und Solidarität zu zeigen!

Kommt zur Kundgebung und Demo am 22. Oktober um 12 Uhr am Schlossplatz!

DEMO
22.10. | 12 Uhr

SOLIDARISCHER HERBST

Soziale Sicherheit schaffen - Energiewende beschleunigen!

<https://www.solidarischer-herbst.de/>
<https://krisenbuendnis-stuttgart.org/>
<https://vernetzung.org/category/news/>

Nächster Metallertreff:
Montag, 17. 10. um 18.30 Uhr, Bad Cannstatt, DidF Marktstr. 61 A

Austausch und Diskussion zur Tarifrunde IGM - Solidarität gewinnt!
Sonntag, 16. Oktober um 14 Uhr in Bad Cannstatt, DidF, Marktstr. 61 A